

## *II. Richard Münch*

### Wissenschaft im Schatten von Kartell, Monopol und Oligarchie. Die latenten Effekte der Exzellenzinitiative\*

#### *Einleitung*

Das Streben nach Exzellenz zeichnet eine dynamische und international wettbewerbsfähige Gesellschaft aus. Es kann deshalb nur begrüßt werden, wenn sich Politiker in Deutschland darum bemühen, die Exzellenz von Wissenschaft und Forschung an den Hochschulen zu fördern. Diesem Ziel dient die aktuelle „Exzellenzinitiative“ von Bund und Ländern. Das Programm hat die Hochschulen eingeladen, sich mit zukunftsweisenden Konzepten um die Förderung von Exzellenzclustern, Graduiertenschulen und – darauf aufbauend – um die Förderung als Spitzenuniversität zu bewerben. Das hat Bewegung in die Universitäten gebracht. Ob die Initiative allerdings die erwünschten Ergebnisse zeitigen wird, hängt maßgeblich davon ab, auf welche Strukturen das Programm trifft. Es ist durchaus möglich, dass das Zusammentreffen des Programms mit den vorhandenen Strukturen zu anderen als den gewünschten Effekten führt. Dafür gibt es deutliche Anzeichen, auf die mein Aufsatz aufmerksam machen will.

Folgt man den Jubelarien der Presse, dann ist die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an den deutschen Hochschulen der Startschuss für eine effizientere Verteilung von Forschungsmitteln nach dem Kriterium der Leistung statt nach dem „Gießkannenprinzip“ (Mogge-Stubbe 2006). Der Wissenschaftsrat verspricht sich von dem neuen „Differenzierungsparadigma“ eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung in Deutschland, weil durch die entfachte Konkurrenz um Forschungsmittel die Ressourcen (in Verfahren des Peer Review) dorthin fließen, wo sie in optimale Forschungsleistungen umgesetzt werden (vgl. Hornbostel 1997, 2001). Eine nüchterne Prüfung, wie Forschungsmittel in Deutschland durch die Begutachtungsverfahren der DFG vergeben werden, kommt allerdings zu einem anderen Ergebnis. Anstelle von offenem Wettbewerb und Ressourcenallokation nach Leistung werden Machtkartelle, Monopole und Oligarchien als Grundstruktur des akademischen Feldes sichtbar – man erkennt ein eklatantes Missverhältnis zwischen

\* Ich danke Christian Dressel für die Durchführung der Regressionsanalysen; Eva Passarge danke ich für die Anfertigung der Punktdiagramme.

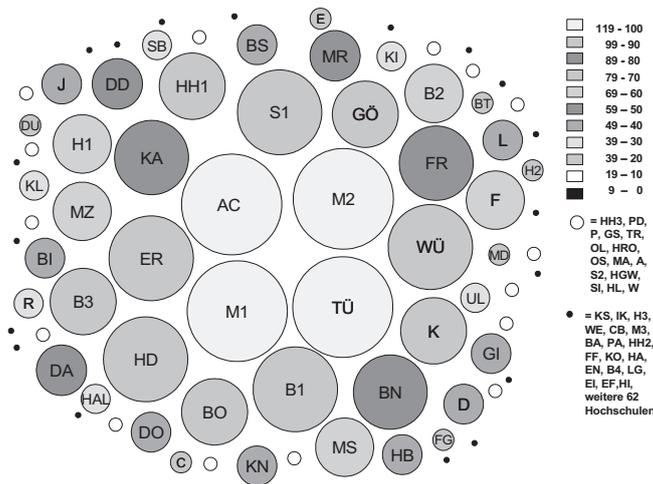
der Konzentration von Drittmitteln auf wenige Standorte, der Produktivität in der Einwerbung von Drittmitteln pro Wissenschaftler sowie dem Output an Publikationen pro Professor. Da die Exzellenzinitiative diesem Status quo eng verbunden bleibt, ist von ihr keine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung in Deutschland zu erwarten, sondern eher eine Verschlechterung und zusätzliche Unterstützung der Machtkartelle, Monopole und Oligarchien. Das soll im Folgenden auf der Grundlage von Daten des Förder-Rankings 2003 der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Forschungs-Rankings 2005 des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) gezeigt werden.

#### *Absoluter Drittmittelinput und relativer Drittmittelinput pro Wissenschaftler*

Laut DFG-Statistik haben nur 17 von etwa 100 Universitäten die Hälfte aller DFG-Bewilligungen für Forschungsförderung des Zeitraums von 1999 bis 2001 vereinnahmt (DFG 2003, S. 39). Das wird weithin als Beweis dafür angesehen, dass es in der Realität schon die Ausdifferenzierung von wenigen „Spitzenuniversitäten“ aus der Masse der „höheren Lehranstalten“ gibt. Das Forschungs-Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) identifiziert eine Spitzengruppe von 11 „Forschungsuniversitäten“ (Berghoff et al. 2005a). Bei einer genaueren Prüfung des Sachverhalts stellt sich jedoch heraus, dass dieses Urteil allein auf dem *absoluten* Drittmittelaufkommen eines Standorts und seiner hohen Korrelation mit (Reputation sichernden) Faktoren wie Alter, Größe, Dominanz von Natur-, Bio- und Ingenieurwissenschaften sowie Medizin und Mitgliedschaften in Akademien und DFG-Ausschüssen beruht. Dagegen ergibt sich für einen Blick auf die Einwerbung von Drittmitteln bzw. DFG-Bewilligungen *pro Professor* und erst recht *pro Wissenschaftler* ein anderes Bild. Standorte, die in absoluten Zahlen an der Spitze rangieren, fallen ins Mittelfeld zurück, während andere nach oben steigen. Außerdem schrumpfen die Abstände zwischen den Standorten deutlich zusammen, so dass von einer eindeutig identifizierbaren Spitze keine Rede mehr sein kann (DFG 2003, S. 178, Tab. A3-15) (siehe Abb. 1 und 2). Zu diesem Ergebnis kommt auch Ulrich Teichler (2005, S. 268, 338 f.) in seiner Studie zum Umbruch der Hochschulstrukturen.

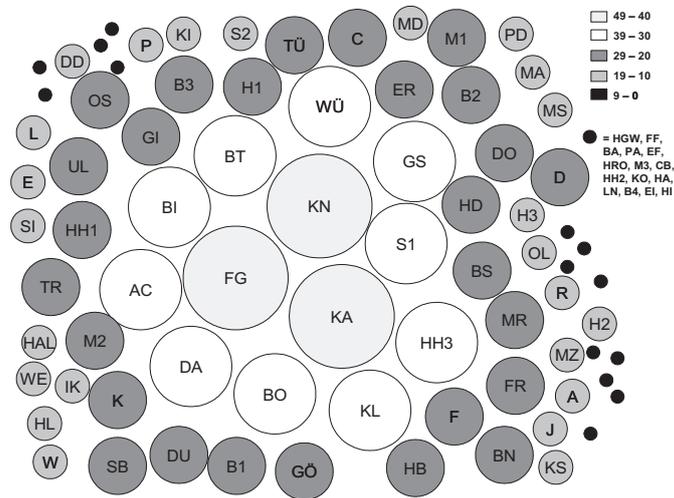
Während die Großstandorte, die zugleich die ersten Kandidaten für den Titel einer Spitzenuniversität sind, mit ihrem hohen Personalbestand sowie insbesondere mit ihren Natur-, Bio- und Ingenieurwissenschaften wie auch der Medizin natürlich die höchsten absoluten Drittmittelsummen einwerben, verlieren sie diesen Vorteil bei den relativen Summen pro Wissenschaftler. Es deutet sich ein abnehmender Grenznutzen des Personalaufkommens und der Mitarbeiter pro Professor ab einer mittleren Größe an. Offensichtlich gelangen mittlere und kleinere Standorte zu ei-

Abbildung 1: Die Struktur der absoluten DFG-Bewilligungssummen 1999-2001 pro Standort (in Mio. Euro)



Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von DFG 2003. Zur Erklärung der Abkürzungen siehe den Anhang.

Abbildung 2: Die Struktur der relativen DFG-Bewilligungssummen 1999-2001 pro Wissenschaftler und Standort (in T Euro je Wissenschaftler)



Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von DFG 2003.

ner effizienteren Nutzung ihrer Personalkapazität als Großstandorte (siehe Abb. 3 bis 6, fast alle weiteren Abbildungen ebenfalls im Anhang). Die Exzellenzinitiative wird jedoch entgegen dieser Erkenntnis noch mehr Mittel dort konzentrieren, wo ohnehin schon hohe Summen verfügbar sind und demgemäß kontraproduktiv wirken; es wird eine noch größere Ineffizienz des Mitteleinsatzes erzeugt. Statt den Wettbewerb zwischen einer größeren Zahl gut ausgestatteter Fachbereiche zu intensivieren, wird der Wettbewerb durch die Differenzierung in wenige privilegierte Fachbereiche und eine Masse schlecht ausgestatteter Fachbereiche beseitigt.

Die Tatsache, dass nur wenige Großstandorte und nur wenige Fächer in Deutschland den größten Teil der DFG-Mittel in Anspruch nehmen, ist demnach nicht unmittelbar Ausdruck von hervorragender Forschungsproduktivität (Forschungsleistung bezogen auf den Ressourceneinsatz) einzelner Standorte, die es zu honorieren gilt, bzw. von nur durchschnittlicher oder schlechter Forschungsproduktivität anderer Standorte, die durch Entzug zu bestrafen ist. Laut DFG-Bericht gibt es eine starke Konzentration der Fördermittel auf die Räume Berlin, München, Stuttgart-Tübingen, Karlsruhe-Heidelberg und Bonn-Köln-Aachen, sowie eine Konzentration auf die Disziplinen der Naturwissenschaft, Technik und Medizin (DFG 2003, S. 26-54). Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass genau diese, durch bloßen Umfang des Personaleinsatzes höchst ungleiche Verteilung der Forschungsmittel die strukturelle Ursache für die im internationalen Wettbewerb insgesamt gesunkene Leistungsfähigkeit der Forschung in Deutschland ist.

Die große Ungleichheit der Verteilung von DFG-Mitteln auf Standortcluster und Fächer kann angesichts der nur durchschnittlichen Forschungsproduktivität einer etlichen Zahl der besonders mit DFG-Mitteln gesegneten Standorte im Vergleich zu mittleren und kleineren Standorten nicht als Resultat von besonderer Qualität und Kompetenz – kurz „Exzellenz“ – erklärt werden, wie das der DFG-Bericht suggeriert. Im Bericht werden immer wieder Etiketten für „Exzellenz“ gebraucht, hinter denen allein die Konzentration von Personal auf Großstandorte steht, aber keine sich vom Durchschnitt unterscheidende Forschungsproduktivität. Mit solchen Etiketten wird jedoch massiv Politik gemacht.

Wenn „Exzellenz“ die zutreffende Erklärung für die ungleiche Verteilung der DFG-Mittel *wäre*, dann dürften herausgehobene Standorte bei einer Umrechnung der DFG-Mittel auf den Einsatz an wissenschaftlichem Personal nicht weit zurückfallen und noch hinter Universitäten rangieren, die in der DFG-Rhetorik nicht zu den „DFG-Hochburgen“ gehören. Als alternative Erklärung ist vielmehr im Anschluss an die DFG-Rhetorik eine stark auf wenige Zentren konzentrierte latente Machtstruktur im akademischen Feld in Erwägung zu ziehen. Das Feld wäre nach dieser Vermutung weniger als ein Kompetenzfeld, sondern mehr als ein Machtfeld zu begreifen, in dem es wenigen Zentren trotz geringerer Forschungsproduktivität gelungen ist, den größten Teil der von der DFG verteilten Forschungsgelder an sich zu ziehen. Aufschlüsse darüber gibt die im DFG-Bericht ermittelte hohe *positive Korrelation* (von Spearman's  $R = 0,96$ ) *zwischen DFG-Bewilligungen und der Zahl der*

*DFG-Gutachter an einer Universität.* Im DFG-Bericht wird dieses Ergebnis damit erklärt, dass die Forschungsmittel stets dort hinfließen würden, wo die höchste Kompetenz vorhanden sei, bzw. dass dort die höchste Kompetenz zu finden sei, wo auch die meisten Gutachter sitzen: „Wo in großem Umfang als qualitativ hochwertig evaluierte Forschung praktiziert wird, muss umgekehrt auch die Evaluationsexpertise der dort tätigen Wissenschaftler gut ausgebildet sein“ (DFG 2003, S. 89).

Der Blick hinter die Fassade des öffentlich zelebrierten Rationalitätsmythos (Meyer/Rowan 1977) offenbart allerdings, dass dort, wo sich Forschungsmittel *und Gutachter* konzentrieren, im Durchschnitt kein höheres, sondern teilweise sogar ein deutlich niedrigeres Niveau an Forschungsproduktivität erreicht wird als an weniger zentralen und unterdurchschnittlich ausgestatteten Standorten. Von diesem Faktum wird die Vermutung gestützt, dass hohes Personalaufkommen in bestimmten Fachgebieten die Wahrscheinlichkeit stark erhöht, dass aus eben diesem konzentrierten Personalbestand auch die Gutachter gestellt und gewählt werden – und zwar allein aufgrund der Zahl von wählbaren und wählenden Wissenschaftlern. Dazu kommt die Zentralität in Netzwerken persönlicher Bekanntschaft, die im DFG-Bericht ebenfalls klar und deutlich nachgewiesen wird (DFG 2003, S. 63-72). Wer im Zentrum dieses Netzwerkes sitzt, hat mehr persönliche Beziehungen und damit höhere Chancen, als DFG-Gutachter vorgeschlagen und dann auch gewählt zu werden. In dieser Perspektive drückt die hohe Zentrierung der im DFG-Bericht ermittelten Netzwerke mehr ein Macht- als ein Kompetenzgefälle aus. Sonst könnte es nicht sein, dass die DFG-Mittel überproportional an Großstandorte mit geringerer Forschungsproduktivität als an weniger zentrale Standorte fließen. Es zeigt sich z. B., dass eine Reihe mittelgroßer Standorte mit hoher Forschungsproduktivität pro Wissenschaftler deutlich weniger DFG-Gutachter stellen als Großstandorte mit geringerer Produktivität. Die Tendenz zur Verteilung von DFG-Mitteln nach der Verteilung von Gutachtermacht wird noch dadurch begünstigt, dass die Begutachtung von Forschungsanträgen bei der DFG nicht in einem anonymen Verfahren erfolgt. Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass die Reputation der Antragsteller bei weitem der wichtigste Faktor für die Annahme oder Ablehnung von Förderungsanträgen ist, wie Friedhelm Neidhardt (1988, S. 109) in seiner Untersuchung zu DFG-Förderanträgen des Zeitraums von 1974 bis 1979 festgestellt hat.

Betrachtet man den Wissenschaftsbetrieb als Machtfeld, dann verbergen sich hinter dem Schleier der Exzellenzrhetorik die Gesetze der Macht (Bourdieu 1992; Münch 2007). Das stellt sich bei der Verteilung von Mitteln für *Gastwissenschaftler* der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) nicht wesentlich anders dar. Die AvH ist fest in der Hand von Naturwissenschaft, Technik und Medizin und in der Hand der Traditions- und Volluniversitäten. Diese Disziplinen und Standorte beherrschen das Antrags- und Begutachtungsverfahren, und sie profitieren noch davon, dass die Gastwissenschaftler ein Bild von Deutschland haben, in dem nur Traditionsuniversitäten in attraktiven Städten auf der Landkarte vorkommen (Abb. 7-8 im Anhang).

Auf die Zahl der an einer Universität tätigen Wissenschaftler umgerechnet, variiert die Zahl von AvH-Gastwissenschaftlern pro Personalstelle jedoch nur zwischen 0,4 und 2,8. Bei dieser geringen Spannweite ist es abwegig, die Verteilung mit „Exzellenz“ in Verbindung zu bringen, wie es im DFG-Förder-Ranking geschieht (DFG 2003, S. 95, Abb. 6-3; 215 Tab. 6-8). Wie bei den Drittmitteln zeigt sich auch bei der Verteilung der AvH-Gastwissenschaftler, dass Standorte mit hohem Personalbestand zwar absolut mehr Gäste anziehen, aber relativ pro 100 Wissenschaftler von einer ganzen Reihe mittlerer und kleinerer Standorte überholt werden. Auch hier erbringt die Investition der Exzellenzinitiative in die Großstandorte keinen zusätzlichen Ertrag (Abb. 9 im Anhang).

Beim DAAD haben die Geistes- und Sozialwissenschaften einen wesentlich größeren Anteil an den Stipendien als bei der AvH. Er liegt bei etwa 45%. Aber auch hier beherrschen die Traditionsuniversitäten aus denselben Gründen das Feld. Der DFG-Bericht erklärt auch hier die Verteilung analog zu den DFG-Bewilligungen allein durch Kompetenz. Aus dem Faktum, dass sich die Produktivität beim Einwerben von DFG-Mitteln und bei den Publikationen nicht nach der Rangordnung der vergebenen AvH- und DAAD-Stipendien auf die Standorte verteilt, muss jedoch geschlossen werden, dass nicht „Exzellenz“ über die Vergabe von Stipendien an Gastwissenschaftler und Gaststudierende entscheidet, sondern nur die Anzahl von potenziellen Gastgebern, die Machtposition der Traditionsuniversitäten und der herrschenden Disziplinen in Gutachternetzwerken und Bewilligungsausschüssen und dazu das askriptive Merkmal des Alters einer Universität, das wiederum mit den aktuellen Leistungen ihres Personals nichts zu tun hat. Die im DFG-Bericht gepflegte Rhetorik der Exzellenz verschleiert diesen Zusammenhang systematisch (Abb. 10 im Anhang).

Was sich als Erklärung für die hohe Konzentration von DFG-Forschungsmitteln, AvH- und DAAD-Stipendien auf wenige Großstandorte aufdrängt, ist demnach die überproportionale Repräsentation dieser Standorte in den entscheidenden Machtpositionen. Diese Machtkonzentration zeigt sich auch in anderen Organen des akademischen Feldes, z.B. auch in den Akademien der Wissenschaft. Auch hier handeln Gutachter nicht in einem wissenschaftspolitischen Vakuum, sondern in einem wissenschaftlichen Machtfeld, in dem sie auf Unterstützung aus ihrem Netzwerk angewiesen sind, um Einfluss ausüben zu können. Und Gutachter entscheiden in der Regel in einer Situation größter Ungewissheit über den Erfolg eines Projektes. Deshalb handeln sie durchaus nach bestem Wissen und Gewissen, wenn sie sich an äußere Merkmale wie Standort und Reputation halten. Doch da kann es überhaupt nicht ausbleiben, dass starke Kräfte wirken, die für einen hohen Mittelzufluss an die zentralen Stellen des Machtfeldes sorgen, ohne dass einzelne Gutachter bewusst Empfehlungen in dieser Richtung geben. Das wird durch eine empirische Studie für ein kleineres westeuropäisches Land in frappierender Weise gezeigt (Moed 2005, S. 253).

### *Drittmittelinput und Publikationsoutput pro Professor*

Die harte Nagelprobe, ob die Konzentration von Forschungsmitteln auf wenige ausgewählte Standorte im Rahmen der Exzellenzinitiative zu einer Verbesserung der Forschungsleistungen in Deutschland mit erhöhter internationaler Wettbewerbsfähigkeit führt, ist der Publikationsoutput. Nur anhand von wissenschaftlichen Publikationen erweist sich die Investition von Forschungsmitteln als effizient oder ineffizient.

Auch hier ist zwischen dem absoluten und dem relativen Output pro Kopf zu unterscheiden. Das CHE-Forschungs-Ranking stellt hierfür Daten zu den Publikationswerten pro Professor für 13 Disziplinen zur Verfügung (gemessen nach Länge und Art einer Publikation, Berghoff et al. 2005b). Die Qualität dieser Daten ist nicht völlig unumstritten. Eine vollkommene Verzerrung scheint aber nicht gegeben zu sein. Man sieht dort, dass höhere Summen an Forschungsmitteln die absoluten Publikationswerte steigern. Das geschieht jedoch nur in einem außerordentlich begrenzten Maße. In den meisten Fächern werden in der bivariaten Korrelation nicht mehr als 20 bis 30% der Varianz in den Publikationswerten durch die Drittmittel-einnahmen erklärt; in vier Fächern noch weniger und nur in 2 Fächern 50 bis 55%. Dementsprechend sind andere Faktoren viel bedeutsamer für die Publikationsstärke eines Fachbereichs als die Drittmittelleinnahmen. Bei den Drittmitteln *pro Wissenschaftler* und den relativen Publikationswerten *pro Professor* sind die Zusammenhänge sogar noch wesentlich schwächer ausgeprägt, ja in der überwiegenden Mehrzahl der Fächer ganz insignifikant. Es gibt Fachbereiche mit hohen Drittmittelleinnahmen und niedrigen Publikationswerten und umgekehrt, und zwar bei den absoluten und noch mehr bei den relativen Werten. Beispielhaft machen dies die Abbildungen 11 und 12 für das Fach Chemie deutlich (Abb. 11 und 12 im Anhang).

Dieses Ergebnis zeigt eine erhebliche Fehlallokation der Forschungsmittel im Rahmen der bestehenden Verteilungsverfahren und lässt uns prognostizieren, dass die Exzellenzinitiative in den Fußstapfen dieser Verfahren die Fehlallokation sogar noch verstärken wird. Eine wesentliche Ursache dafür ist die Stärkung der ohnehin kontraproduktiven oligarchischen Strukturen der Forschung in Deutschland dank der Konzentration von Forschungsmitteln in Großprojekten. Institute, die heute schon überdimensioniert mit Mitarbeitern in abhängiger Stellung ohne Karriereausichten ausgestattet sind, bekommen noch mehr Mitarbeiter, zuständig für Routineforschung unter Anleitung ihrer Direktoren. In diesem Milieu kann keine Kreativität entstehen. Potentielle Nobelpreisträger müssen als junge Forscher nach wie vor in die Vereinigten Staaten auswandern, um ihre Kreativität in selbständiger Forschung entfalten zu können.

Die Akquisition von Drittmitteln und die Produktion von Erkenntnisfortschritt durch Publikationen vollziehen sich offenbar in zwei weitgehend separaten Welten. Dieses Ergebnis führt vor Augen, in welchem Umfang über die Auswahlverfahren

der DFG eine Fehlallokation der Forschungsmittel erfolgt. Sie werden systematisch in Kanäle gelenkt, in denen sie nichts erbringen, während sie an den Stellen fehlen, wo effiziente Forschung betrieben wird. Man kann daraus schließen, dass ohne DFG-Antragsverfahren effizienter geforscht werden kann als mit diesem Verfahren. Bei einem derartigen Missverhältnis zwischen der Verteilung von DFG-Forschungsmitteln und der davon ganz unabhängigen Verteilung der Publikationsquoten liegt der Schluss nahe, dass die entsprechende Fehlallokation der DFG-Forschungsmittel *erstens* in hohem Maße der monopolartigen Verteilung von Ausschuss- und Gutachtermacht, *zweitens* der Herausbildung von selbstreproduktiven Prozessen der Beschäftigung von Projektmitarbeitern um deren Beschäftigung willen als Selbstzweck und *drittens* der Behinderung von in Publikationen umgesetzter Kreativität durch die Prämierung von Routineforschung geschuldet ist (Schimank 1995, S. 305-306; Winnes/Schimank 1999, S. 175).

Man könnte die Streuung von Forschungsgeldern und Publikationen als Maß für die Legitimität bzw. die Illegitimität bei der Verteilung von Forschungskapital verwenden. Ja, man könnte auch von einem bestimmten Maß der illegitimen Machtausübung in den Verfahren der Verteilung von Forschungsmitteln sprechen (Münch 2007). Das geringste Maß der illegitimen Machtausübung finden wir demgemäß noch in der Physik – mit einem Illegitimitätswert von 44,45% nicht erklärter Varianz bei den absoluten Werten bei einer Spannweite zwischen 0 und 1 bzw. 0 und 100%, wenn Forschungsgelder nicht pro Wissenschaftler und Publikationen nicht pro Professor gewichtet werden. Das heißt, dass 44,45% der Zuteilung von Forschungsgeldern nicht als legitim bezeichnet werden können. Werden Forschungsgelder pro Wissenschaftler und Publikationen pro Professor gewichtet, dann steigt die nicht erklärte Varianz – d. h. die Illegitimität – auf den Wert von 0.9823. In diesem Fall können 98,23% der Zuteilung von Forschungsgeldern als nicht durch Publikationen gedeckt gewertet werden.

Bei den anderen Fächern werden noch höhere, ja sogar extrem hohe Illegitimitätsgrade erreicht. In der Chemie liegt der ungewichtete Wert bei 0.6722, der gewichtete Wert bei 0.9385, in der Biologie bei 0.6804 bzw. 0.7327, in der Soziologie bei 0.7194 bzw. 0.9774 und in Geschichte bei 0.8060 bzw. 0.8949. In Geschichte sind nach dieser Definition von Illegitimität ganze 80,6% bzw. 89,49% aller Drittmittelzuwendungen nicht durch korrespondierende Publikationen gedeckt, also illegitim. Das gilt nach oben wie nach unten. Das heißt, es gibt Fachbereiche, die zu viel Drittmittel bekommen, und Fachbereiche, die zu wenig erhalten.

Es ist bislang unbestritten, dass sich wissenschaftliche Leistungen erst in Publikationen ausdrücken, nicht schon in der Vereinnahmung von Drittmitteln. Deshalb dürfte auch Konsens darüber bestehen, dass Drittmittel nur als ein Inputfaktor gewertet werden, der überhaupt nichts über die tatsächliche „Exzellenz“ eines Standortes aussagt. „Exzellenz“ wird erst durch Publikationen – und deren Impact – bewiesen. Wenn das so ist, dann muss sich die Drittmittelverteilung in einer dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit verpflichteten Kultur dadurch begründen, dass sie mög-

lichst nahe an die Verteilung der Publikationswerte herankommt. Je weiter sie davon entfernt ist, umso mehr setzt sie sich dem Verdacht der Illegitimität und Ineffizienz aus. Bei 44,45 bzw. 73,27 bis 80,6 bzw. 98,23% nicht erklärter Varianz ist die Drittmittelverteilung so weit von der Verteilung der Publikationswerte entfernt, dass man nicht umhin kann, sie ungerecht und ineffizient zu nennen. Es ist anzunehmen, dass es sich dabei nicht um einen Zufall handelt und sich die entsprechenden Streuungen für beliebig viele Jahre nachweisen lassen. Das bedeutet, dass das Verfahren der Drittmittelvergabe systematisch eine illegitime Verteilung produziert und demnach selbst als illegitim eingeschätzt werden muss.

Besonders auffällig ist der enge Zusammenhang zwischen der Verteilung von DFG-Gutachtern und koordinierten Programmen und der Verteilung von DFG-Bewilligungen auf Standorte, die abermals weit von der Verteilung der Publikationen abweicht (Münch 2007). Es liegt der Schluss nahe, dass sowohl die sehr ungleiche Verteilung von DFG-Gutachtern auf Standorte als auch die Installierung von koordinierten Programmen mit einer starken Tendenz zu Großstandorten und gut ausgestatteten Disziplinen und entsprechender Förderung von Routineforschung maßgeblich für die offensichtlich illegitime und ineffiziente Verteilung der DFG-Forschungsmittel verantwortlich sind. Allein schon das Wahlverfahren der DFG verzerrt zugunsten der Großstandorte, was offensichtlich einen starken Einfluss auf die Erzeugung von Illegitimität und Ineffizienz bei der Verteilung der DFG-Forschungsmittel hat. An sich ist dieses Resultat zu erwarten. Alles andere wäre eine Überraschung. Jede Art der Selbstorganisation von Mittelverteilung wird vom Gesetz der Oligarchisierung von Herrschaft bestimmt, wie es Robert Michels (1989) für die „paradoxe“ Erscheinung der oligarchischen Struktur demokratischer Parteien nachgewiesen hat. Auch die DFG kann sich dieser Gesetzmäßigkeit nicht entziehen.

### *Kartelle, Monopole und Oligarchien*

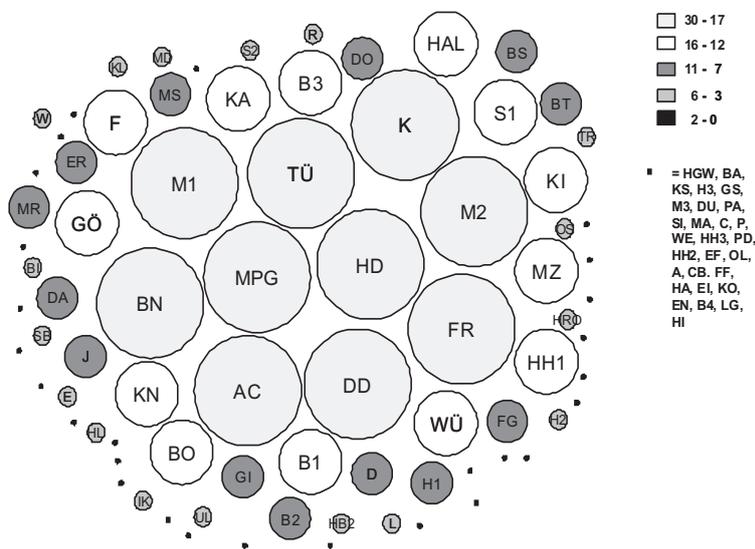
Die Machtbasis, die den Großstandorten die Möglichkeit gibt, den Großteil der DFG-Mittel an sich zu ziehen, ist ihre weit überproportionale Vertretung in den DFG-Ausschüssen. Das Instrument, das diese Konzentration der Forschungsmittel auf wenige Standorte erzeugt, sind die koordinierten Programme, die im Durchschnitt 54%, in den naturwissenschaftlichen Disziplinen sogar bis zu 75% aller DFG-Fördermittel ausmachen. Das damit verbundene Legitimationsinstrument der Monopolisierung von Forschungsressourcen durch wenige Großstandorte im Machtzentrum der DFG ist das Ortsprinzip, das die Konzentration einer koordinierten Fördermaßnahme – nur mit Ausnahme der Forschungsschwerpunkte – auf einen Standort verlangt.

An kleineren Standorten sind solche Mammutprojekte kaum möglich, weil dafür allein schon die Managementressourcen nicht aufgebracht werden können, die Infrastruktur und die sogenannte kritische Masse fehlen. Das zeigt natürlich auch, in welchem Umfang durch diese vom Machtzentrum der DFG bevorzugten, ihm ent-

gegenkommenden Programme Personal- und Sachmittel in reiner Koordinations- und Managementarbeit verpuffen und der Forschung entzogen werden. Man kann außerdem realistisch annehmen, dass koordinierte Programme durchschnittlich von etwa 50% besonders aktiven Forschern getragen werden und 50% ohne Inklusion in ein solches Programm weit weniger DFG-Mittel einwerben würden. Bei einem Umfang der koordinierten Programme von durchschnittlich 54%, in den naturwissenschaftlichen Disziplinen bis zu 75% am gesamten Fördervolumen muss man feststellen, dass im Durchschnitt 27%, in den naturwissenschaftlichen Disziplinen sogar bis zu 37,5% der gesamten DFG-Förderung in unproduktive Kanäle geleitet werden, während sie an anderen Stellen fehlen. Das von den Großstandorten mit ihrer Stimmgewalt in den Ausschüssen der DFG hartnäckig verteidigte Ortsprinzip ist die als sakraler Kern gehütete Legitimationsbasis für die weitreichende Fehlallokation von Forschungsmitteln. Sie trägt maßgeblich die Verantwortung für die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der Forschung in Deutschland (siehe Abb. 13).

Nur 10 Universitäten haben zusammen mit der Max-Planck-Gesellschaft im Jahr 1998 mit 59 Mitgliedern mehr als die Hälfte der 110 wissenschaftlichen Mitglieder des Präsidiums, des Senats, der Bewilligungsausschüsse für Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs und des Auswahlausschusses für den Heinz-Maier-Leibnitz-Preis gestellt (DFG 1998: 380-446). Dieselben Institutionen haben (mit 220 Mitgliedern) mehr als ein Drittel der insgesamt 602 Positionen in den zentralen Ausschüssen und den Fachausschüssen besetzt. Mit nur weiteren 6 Universitäten wird

Abbildung 13: DFG-Ausschussmitglieder insgesamt (1998)



Quelle: DFG 1998: S. 380-446; DFG 2003: S. 49, S. 172-173.

mit 311 Sitzen schon mehr als die Hälfte der Ausschusssitze erreicht. Das sind 17 von 81 Institutionen; 21% der Institutionen beanspruchen mehr als 50% der Sitze. Diese Institutionen haben mit 1,51 Mrd. Euro die Hälfte der 3,17 Mrd. Euro Fördermittel der DFG des Zeitraums 1999 bis 2001 vereinnahmt. Genau dieselben Institutionen haben auch im Jahr 2005 mit 329 Mitgliedern über mehr als die Hälfte der 649 Sitze der genannten Ausschüsse (statt Fachausschüsse jetzt Fachkollegien) verfügt (siehe DFG-Homepage).

Eine derart hohe Konzentration von Ausschussmitgliedschaften wirkt wie ein latentes Kartell, das DFG-Forschungsmittel nahezu zwangsläufig auf die wenigen Standorte des Kartells konzentriert (Münch 2007). In einem solchen latenten Kartell muss es keine direkten Absprachen geben, aber es herrscht das Gesetz der Wiederbegegnung. Die Neigung, dass eine Person sich gegenüber einer anderen Person oder einer mit dieser Person verbundenen dritten Person nicht kooperativ verhält, der sie mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder begegnet, ist sehr gering. Umgekehrt ist die Neigung zu nicht kooperativem Verhalten zum eigenen Nutzen umso größer, je geringer die Wahrscheinlichkeit ausgeprägt ist, der negativ betroffenen Person oder einer dritten mit ihr verbundenen Person wieder zu begegnen. Anträge von Antragstellern außerhalb des engeren Kartells abzulehnen, fördert insofern den Eigennutz, als damit die verfügbare Verteilungssumme, von der man selbst oder ein verbundener Partner profitieren kann, nicht verringert wird. Dazu kommt der Effekt der Vertrautheit. In einem engen Kreis von miteinander handelnden Personen wächst Vertrauen, das gegenüber Personen, die nicht zu diesem Kreis gehören, umso weniger besteht, je mehr der erste Kreis in sich geschlossen ist. Diese Gesetzmäßigkeiten erzeugen eine kartellartige Verteilung und monopolartige Anhäufung von Forschungsmitteln in einem engen Kreis von Nutznießern, ohne dass es direkte Absprachen geben muss. Unmittelbar ist das an der Übereinstimmung der Abbildungen 1 und 13 zu erkennen (Abb. 1 und 13).

Man könnte auch sagen, dass die Kartellmitglieder ein Klubgut teilen, von dem sie umso mehr profitieren, je weniger neue Nutznießer zugelassen werden. Klubgutteilnehmer werden demgemäß den Kreis der Nutznießer so klein wie möglich halten. Sie haben ein besonderes Interesse an Förderprogrammen, die den Kreis möglicher Nutznießer klein halten. Die koordinierten Programme der DFG und das Ortsprinzip des Großteils dieser Programme erfüllen genau diese Funktion. Es ist deshalb im Interesse der Kartell- und Klubmitglieder, diese Programme so umfangreich wie möglich zu gestalten. Was in der offiziellen DFG-Rhetorik als besondere Kompetenzhäufung an wenigen Standorten erscheint (DFG 2003, S. 89), erweist sich bei einem Blick hinter die offizielle Rhetorik demnach als Effekt eines latenten Kartells. Diese Erklärung geht allerdings vielleicht schon zu weit in der angenommenen Intentionalität. Allein schon der schrittweise Aufbau von Leistungs-, Macht-, Vertrauens- und Denkstrukturen als pfadabhängige Entwicklung lenkt den Prozess in die beobachtete Richtung (Pierson 2004).

Die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern ändert an diesem System nichts,

treibt es vielmehr noch auf die Spitze. Es werden noch mehr Mittel in ein System hineingeleitet, in dem der Konsum von Forschungsmitteln zum Selbstzweck geworden ist. Die fehlgeleitete Jagd von Forschungsmanagern auf Drittmittel ohne Outputkontrolle und das materielle Überleben einer Masse von Forschungssklaven in oligarchischen Strukturen sind die wesentlichen Motive, die dieses System vorantreiben. Das angestrebte Ziel der gesteigerten internationalen Wettbewerbsfähigkeit kann mit einem systemerhaltenden Programm dieser Art nicht erreicht werden (siehe auch Hartmann 2006).

### *Schlussbemerkungen*

Ohne grundlegende Strukturreformen kann es keinen wirklichen Wettbewerb und keine entsprechende Honorierung von individuellen Leistungen durch die Zuteilung von Belohnungen, keine Vielfalt, keine Kreativität und keine offene Evolution des Wissens geben (vgl. von Greiff 1991). Wie wir aus der Wettbewerbstheorie wissen, ist heimischer Wettbewerb die unabdingbare Voraussetzung für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nach außen. Dieser Wettbewerb nach außen wird nicht zwischen den Universitäten als Kollektivorganisationen ausgetragen, sondern allein zwischen individuellen Forscherpersönlichkeiten. Nicht die LMU konkurriert mit Harvard oder Berkeley, sondern der einzelne Forscher mit Forschern in seinem Gebiet, wobei die besten vielleicht gar nicht an der Harvard University oder an der University of California in Berkeley tätig sind, sondern an der University of Wisconsin in Madison oder an der Cornell University oder an der Emory University oder an der George Mason University. Wegen der Dynamik in dem Feld können es morgen schon ganz andere Forscher an anderen Universitäten sein, oder dieselben Forscher lehren an einer anderen Universität.

Solche Forscherpersönlichkeiten können nur heranreifen, wenn es einen intensiven internen individuellen Wettbewerb gibt. Die Voraussetzung dafür ist ein System der in ihren profilbildenden Fächern gleich gut ausgestatteten Universitäten, die mit gleichen Chancen wiederum um die besten Forscher konkurrieren können und aus denen sich jeweils für eine begrenzte Zeit besonders erfolgreiche Forscher mit ihren jeweiligen Fachbereichen hervorheben.

Nur diese Verschränkung des Wettbewerbs von Forschern um Reputation durch Publikationserfolge mit dem Wettbewerb von Universitäten als Arbeitsstätten um herausragende Forscher kann die externe Wettbewerbsfähigkeit der an den jeweiligen Arbeitsstätten tätigen Forscher stärken. Die Universitätspolitik muss deshalb für eine möglichst gleichwertige Ausstattung einer größeren Zahl von Universitäten in ihren profilbildenden Fächern sorgen, deren Profilbildung unterstützen und den individuellen Leistungswettbewerb fördern, wenn das deutsche Universitätssystem international wettbewerbsfähiger gemacht werden soll. Aus diesem offenen Wettbewerb werden einzelne Forscher und Forschergruppen und mit ihnen ihre Fachbereiche und Universitäten als Spitzen hervorgehen, aber immer nur für die Zeit, in der

sie wirkliche Spitzenleistungen erbringen. In einem solchermaßen strukturierten akademischen Feld gibt es keinen Schnitt zwischen „Forschungsuniversitäten“ und „höheren Lehranstalten“. Einige Volluniversitäten werden über eine größere Zahl forschungsintensiver Fachbereiche verfügen, aber auch nur durchschnittlich und unterdurchschnittlich erfolgreiche Fachbereiche in sich beherbergen. Sie werden durch den verschärften Wettbewerb um Forschungsmittel zur Konzentration auf Medizin, Bio-, Natur- und/oder Ingenieurwissenschaften zu Lasten der Geistes- und Sozialwissenschaften gezwungen. Dieser Druck tendiert zur Differenzierung von Universitäten in eher medizinisch, biowissenschaftlich und naturwissenschaftlich-technisch oder eher geistes- und sozialwissenschaftlich profilierte Standorte.

Die zahlenmäßig größte Gruppe bilden mittelgroße Universitäten, die in einer Reihe von Fachbereichen in der Spitze mitmischen. Eine Gruppe kleiner Hochschulen wird sich durch die Spezialisierung auf bestimmte Fachgebiete hervortun. Dieses bunte Bild der Forschungslandschaft in eine Rangordnung von Standorten und in „Forschungsuniversitäten“ auf der einen Seite sowie „höhere Lehranstalten“ auf der anderen Seite einzuteilen, ist kontraproduktiv, weil dadurch die reale Struktur der Forschungslandschaft verzerrt dargestellt wird. Eine solche verzerrende Realitätskonstruktion hat indessen einen sich selbst bestätigenden reifizierenden Effekt, der darauf hinausläuft, die reale Vielfalt der Forschungslandschaft langfristig zu beseitigen. Die Folge davon ist die Einschränkung von Wettbewerb, Kreativität und offener Wissensrevolution.



Abbildung 5: Laufende Grundmittel und DFG-Bewilligungen pro Wissenschaftler, 1999-2001

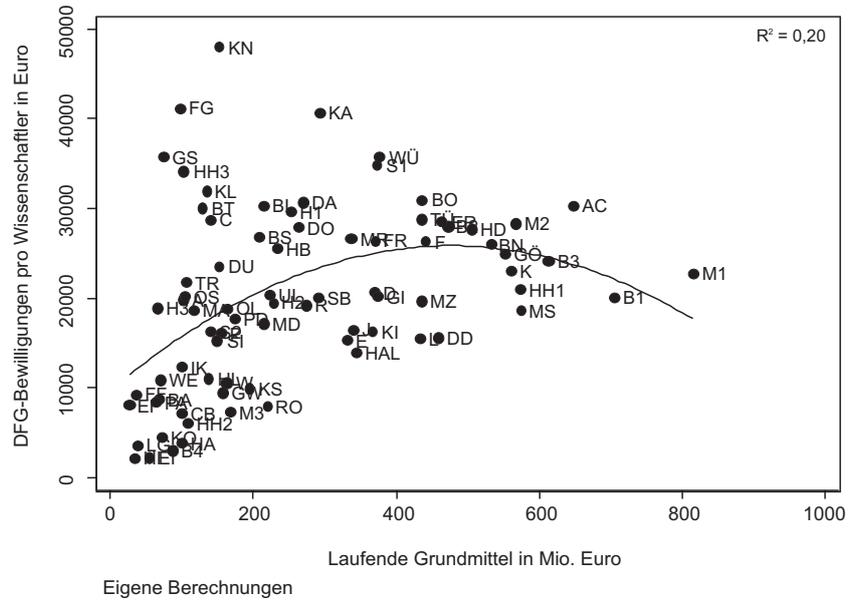


Abbildung 6: Mitarbeiter pro Professor und DFG-Bewilligungen pro Wissenschaftler, 1999-2001

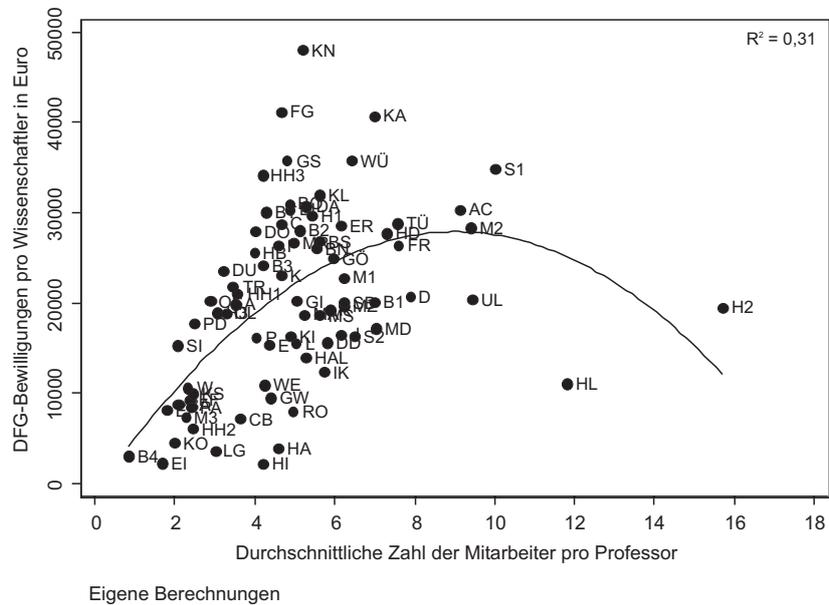


Abbildung 7: Laufende Grundmittel und AvH-Gastwissenschaftler, absolut

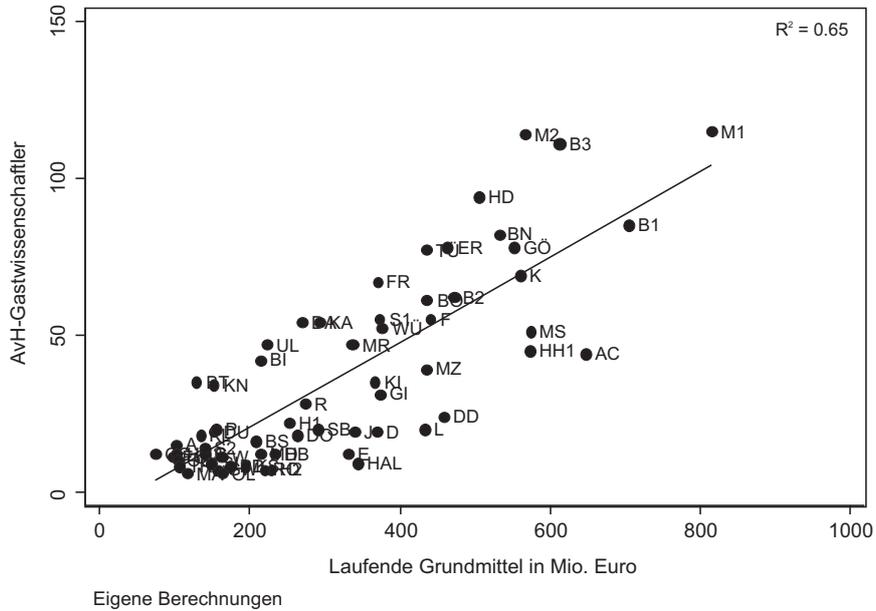


Abbildung 8: Wissenschaftliches Personal und AvH-Gastwissenschaftler, absolut

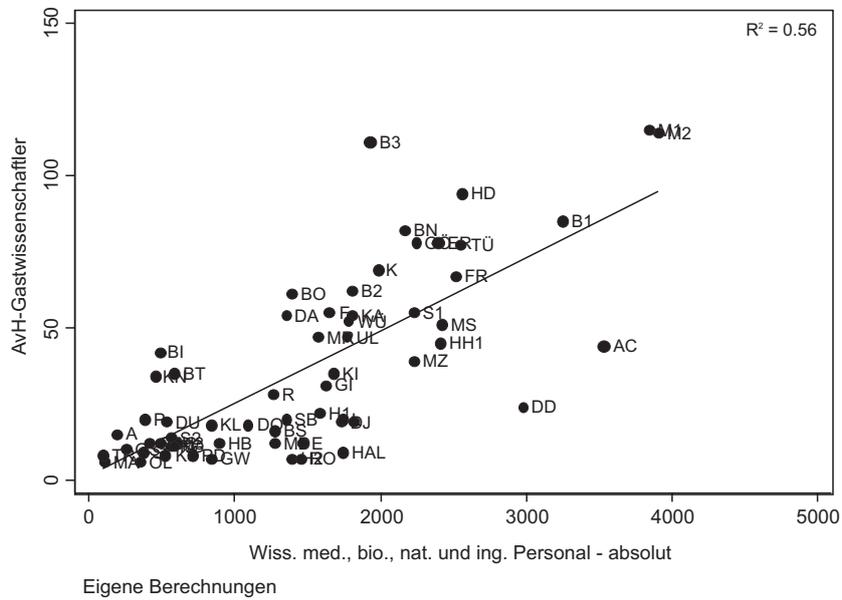


Abbildung 9: Laufende Grundmittel und AvH-Gastwissenschaftler, relativ

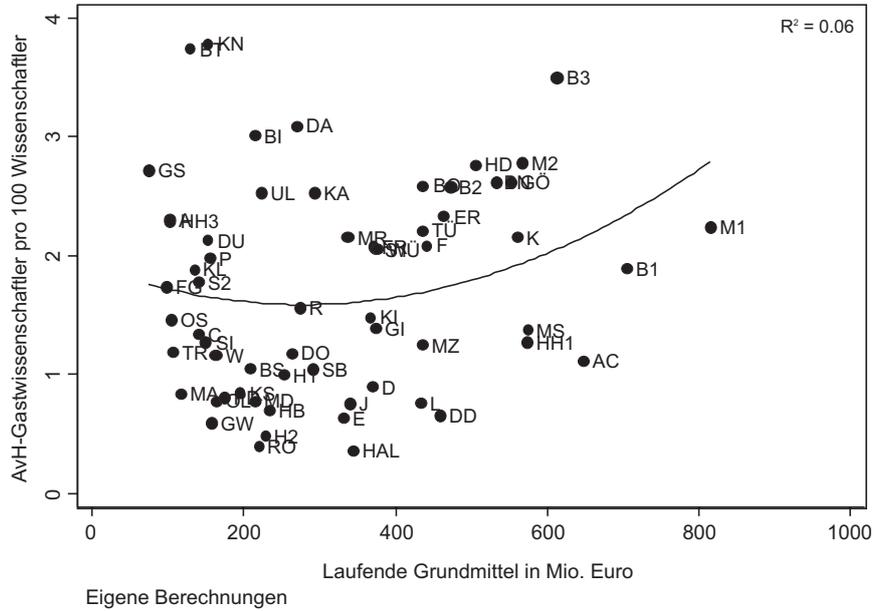
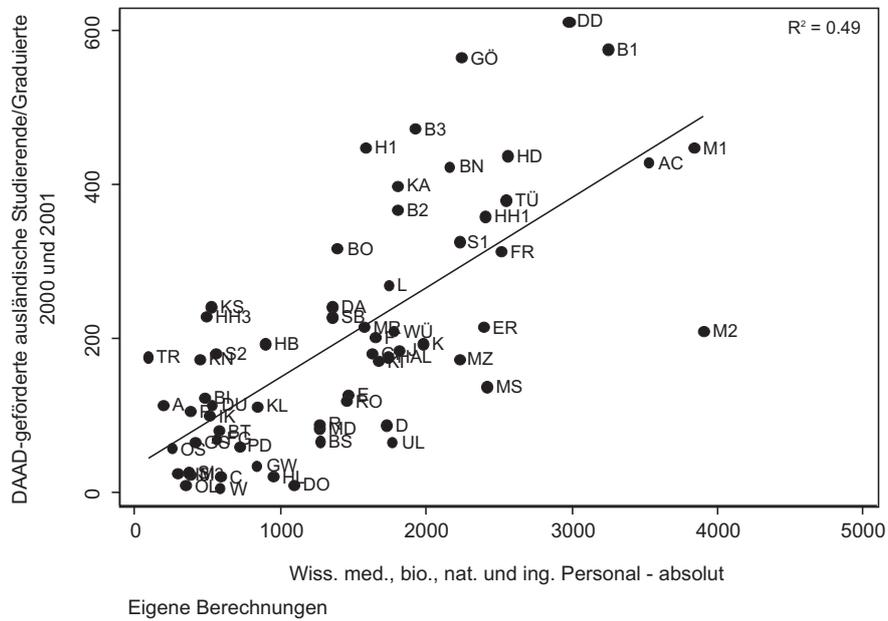


Abbildung 10: Wissenschaftliches Personal und DAAD-StipendiatInnen, absolut





## Legende zu den Abbildungen

Aachen	TH	AC
Augsburg	U	A
Bamberg	U	BA
Bayreuth	U	BT
Berlin	TU	B2
Berlin	FU	B3
Berlin	HU	B1
Berlin	HdK	B4
Bielefeld	U	BI
Bochum	U	BO
Bonn	U	BN
Braunschweig	TU	BS
Bremen	U	HB
Bremen	IU	HB2
Chemnitz	TU	C
Clausthal	TU	GS
Cottbus	TU	CB
Darmstadt	TU	DA
Dortmund	U	DO
Dresden	TU	DD
Duisburg	U	DU
Düsseldorf	U	D
Eichstätt	U	EI
Erfurt	U	EF
Erlangen-Nürnberg	U	ER
Essen	U	E
Frankfurt/Main	U	F
Frankfurt/Oder	U	FF
Freiberg	TU	FG
Freiburg	U	FR
Gießen	U	GI

Göttingen	U	GÖ
Greifswald	U	GW
Hagen	FernU	HA
Halle-Wittenberg	U	HAL
Hamburg	U	HH1
Hamburg	UdBW	HH2
Hamburg-Harburg	TU	HH3
Hamburg	HWP	HH4
Hannover	U	H1
Hannover	MedHo	H2
Hannover	TiHo	H3
Heidelberg	U	HD
Hildesheim	U	HI
Hohenheim	U	S2
Ilmenau	TU	IK
Jena	U	J
Kaiserslautern	U	KL
Karlsruhe	U	KA
Kassel	U	KS
Kiel	U	KI
Koblenz-Landau	U	KO
Köln	U	K
Konstanz	U	KN
Leipzig	U	L
Lübeck	MedU	HL
Lüneburg	U	LG
Magdeburg	U	MD
Mainz	U	MZ
Mannheim	U	MA
Marburg	U	MR
München	TU	M2

München	U	M1	Saarbrücken	U	SB
München	UdBW	M3	Siegen	U	SI
Münster	U	MS	Stuttgart	U	S1
Oldenburg	U	OL	Trier	U	TR
Osnabrück	U	OS	Tübingen	U	TÜ
Paderborn	U	PD	Ulm	U	UL
Passau	U	PA	Weimar	U	WE
Potsdam	U	P	Wuppertal	U	W
Regensburg	U	R	Würzburg	U	WÜ
Rostock	U	RO	Witten-Herdecke	U	EN

### Literatur

- Berghoff, Sonja, Gero Federkeil, Petra Giebisch, Cort-Denis Hachmeister, Meike Siekermann und Detlef Müller-Böling, 2005a: Das CHE-ForschungsRanking 2004. Auszug aus dem Arbeitspapier Nr. 62, Gütersloh.
- Berghoff, Sonja, Gero Federkeil, Petra Giebisch, Cort-Denis Hachmeister und Detlef Müller-Böling, 2005b: Das CHE-ForschungsRanking deutscher Universitäten 2005. Arbeitspapier Nr. 70, Gütersloh.
- BLK, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.), 1999: Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der DFG und der MPG. [www.blk-bonn.de/papers/forschungsfoerderung.pdf](http://www.blk-bonn.de/papers/forschungsfoerderung.pdf).
- Bourdieu, Pierre, 1992: Homo Academicus, Frankfurt a.M.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), 1998: Jahresbericht 1997, Bonn.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), 2003: Förder-Ranking 2003. Institutionen – Regionen – Netzwerke. DFG-Bewilligungen und weitere Basisdaten öffentlich geförderter Forschung, Bonn.
- Greiff, Bodo von, 1991: Diogenes falsch verstanden: Tonnenideologie an der Universität, in: Leviathan 19 (2), S. 166-174.
- Hartmann, Michael, 2006: Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel der deutschen Hochschulpolitik, in: Leviathan 34 (4).
- Hornbostel, Stefan, 1997: Wissenschaftsindikatoren. Bewertungen in der Wissenschaft, Opladen.
- Hornbostel, Stefan, 2001: Die Hochschulen auf dem Weg in die Audit Society. Über Forschung, Drittmittel, Wettbewerb und Transparenz, in: E. Stölting und U. Schimank (Hrsg.), Die Krise der Universitäten (= Leviathan Sonderheft 20), Wiesbaden. S. 139-158.
- Meyer, John und Brian Rowan, 1977: Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony, in: American Journal of Sociology 83, S. 55-77.
- Michels, Robert, 1989: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart.
- Moed, Henk F, 2005: Citation Analysis in Research Evaluation, Dordrecht.
- Mogge-Stubbe, Birgitta, 2006: Lasst Unis leuchten!, in: Rheinischer Merkur 61 (4), 26. Januar, S. 1.

- 
- Münch, Richard, 2007: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz, Frankfurt a.M.
- Neidhardt, Friedhelm, 1988: Selbststeuerung in der Forschungsförderung: Das Gutachterwesen der DFG, Opladen.
- Pierson, Paul, 2004: Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis, Princeton.
- Schimank, Uwe, 1995: Hochschulforschung im Schatten der Lehre, Frankfurt a.M./New York.
- Teichler, Ulrich, 2005: Hochschulstrukturen im Umbruch. Eine Bilanz der Reformdynamik seit vier Jahrzehnten, Frankfurt a.M./New York.
- Winnes, Markus und Uwe Schimank, 1999: National Report: Federal Republic of Germany. TSER Project No. SOE1 – CT96-1036. European Comparison of Public Research Systems. Max Planck Institute for the Study of Societies, Mai.
- ZEIT, DIE, 2003. „Wer hat dem wird gegeben. Ernst Ludwig Winnacker will mehr Wettbewerb und eine stärkere Spezialisierung der Hochschulen.“ <http://hermes.zeit.de>